

# 10 Punkte Programm

## Was es jetzt für einen Politikwandel braucht!

**GRÜNE  
JUGEND**  
SAAR



Die Wahl zum Europäischen Parlament 2024 hat unterschiedliche Signale gesendet. Es gibt keine einheitlichen Trends auf europäischer Ebene, da die Resultate der einzelnen Länder zu verschieden sind. Trotz Verlusten bleiben die demokratischen Parteien das stabile Zentrum Europas.

Jedoch haben rechtsextreme Parteien und Parteien am rechten Rand des politischen Spektrums deutlich zugelegt, wobei die Zugewinne hauptsächlich aus Deutschland, Frankreich und Italien kommen.

Diese europäischen Trends sind auch in den deutschen Wahlergebnissen klar erkennbar. Die Parteien der Ampelkoalition spüren die Unzufriedenheit der Bevölkerung und verlieren insgesamt an Stimmen. Die SPD rutscht auf den dritten Platz ab und verzeichnet ihr schlechtestes Ergebnis bei einer Europawahl. Die Grünen, die 2019 noch über 20 Prozent erreichten, fallen um acht Prozentpunkte auf knapp 12 Prozent.

Die rechtsextreme AfD festigt ihre Position im deutschen Parteiensystem und wird nicht mehr nur als Protestpartei wahrgenommen, sondern erhält auch für ihre rechtsextremen Ansichten wachsenden Zuspruch.

Zusätzlich zum Wahlergebnis der AfD erleben wir einen gesellschaftlichen Rechtsruck, der vor allem von der Union, aber auch von den Ampelparteien mitgetragen wird. Insbesondere SPD und Grüne stärken durch ihre unsolidarische Politik die Rechten und verlieren so auch an Glaubwürdigkeit, vor allem bei den jungen Wähler\*innen.

Deshalb machen wir uns als Jugendorganisationen dieser Parteien für einen Politikwandel stark. Denn den aktuellen Trends muss man sich entgegenstellen, das Problem an der Wurzel packen und Politik für die machen, die am meisten unter Sparpolitik und dem Rechtsruck leiden.

Nächste Woche stehen in den ostdeutschen Bundesländern Thüringen und Sachsen richtungsweisende Wahlen bevor. Diese Wahlen könnten die politische Realität Deutschlands erheblich verändern, da die rechtsextreme Alternative für Deutschland in beiden Bundesländern die Chance hat, die Ministerpräsident\*innen zu stellen. Sollte dies eintreten, wäre es das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik, dass eine rechtsextreme Partei auf Landesebene so viel Macht erlangt.

Die Wahlen in Frankreich und Großbritannien haben aber gezeigt: Wir können den Durchmarsch der Rechten in Europa stoppen. Das Linksbündnis in Frankreich hat dabei die Wahl gewonnen, indem sie die Bedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt des politischen Handelns gestellt haben und ohne die menschenfeindlichen Positionen der Rechten zu kopieren. Aus diesem Politikstil müssen wir lernen!

## Finanzpolitik

Die Schuldenbremse ist eine stark vom Neoliberalismus beeinflusste Ideologie, die die Politik der letzten Jahrzehnte entscheidend geprägt hat. Durch diese Haltung nimmt sich der Staat die Möglichkeit, aktiv Politik zu gestalten und das Leben der Bürger\*innen zu verbessern. Wer nicht in die Zukunft, Klimaschutz, in Wohlstand und in die Arbeitsplätze von morgen investiert, macht einen schwerwiegenden Fehler, der unser Land langfristig ausbremst und hohe Kosten für zukünftige Generationen verursacht. Nur durch kluge und gezielte Investitionen kann der Staat handlungsfähig bleiben. Werden diese Investitionen unterlassen, steigen die Kosten enorm und unsere Lebensgrundlage wird gefährdet. Es ist daher unerlässlich, dass der Staat beim Abbau des großen Investitionsstaus aktiv wird, statt sich selbst zu blockieren. Dies umfasst Investitionen in Klimaschutz, nachhaltige Mobilität, Infrastruktur und Digitalisierung sowie in wichtige Bereiche wie bezahlbaren Wohnraum, Bildung, Gesundheit und das Personal im öffentlichen Dienst. Die Schuldenbremse muss abgeschafft werden.

## Sozialpolitik

Trotz der Fortschritte der letzten Jahrzehnte leben wir weiterhin in einer Klassengesellschaft, stark beeinflusst durch die kapitalistische Produktionsweise und deren gesellschaftliche und politische Auswirkungen. Die Ungleichverteilung von Vermögen und der Klassenkampf von oben verhindern eine effektive Bekämpfung von Armut, und weder die aktuelle Wirtschaftsordnung noch die sozialen Sicherungssysteme sind in der Lage, Armut zu verhindern.

Unser Ziel ist es, ein modernes Klassenbewusstsein unter jungen Menschen zu fördern. Außerdem wollen wir ein Bewusstsein für die sexistischen und rassistischen Strukturen in unserer Gesellschaft schaffen, um diese menschenfeindlichen Ideologien wirksam bekämpfen zu können. Wir lehnen eine Politik ab, die strukturell nach unten tritt und Sozialleistungsbezieher\*innen und Menschen die im Niedriglohnsektor arbeiten benachteiligt und gegeneinander auspielt. Statt auf Verschärfungen von Sanktionen gegen Bürgergeldbezieher\*innen zu setzen, wollen wir eine höhere Besteuerung von Reichen und eine gerechtere Umverteilung. Außerdem setzen wir uns für eine konsequente, passgenaue Erhöhung der Ausbildungsförderung für Studierende, Schüler\*innen und Auszubildende ein, um auch Menschen aus finanzschwachen Verhältnissen Aufstiegschancen zu ermöglichen. Im Rahmen dieser Punkte unterstützen wir das bedingungslose Grundeinkommen als Ziel einer gerechten Umverteilung.

## Wohnraum

Wohnen ist nicht nur ein Wirtschaftsgut, sondern ein Sozialgut und ein Menschenrecht. Es ist wichtig, dass der Wohnungsmarkt von Zusammenarbeit und Gemeinwohl geprägt ist, statt von Konkurrenz, Monopolen und sozialer Ungleichheit. Steigende Mieten bereiten vielen Menschen, besonders jungen und migrantisierten

Personen, große Sorgen. Wir brauchen dringend Lösungen für die aktuellen Probleme in der Wohnungspolitik. Der freie Markt sorgt oft nur dafür, dass das Geld in die Taschen der Reichen fließt. Deshalb ist klar: Der Markt muss reguliert werden. Es gibt kein Recht auf Rendite, nur auf bezahlbares Wohnen. Wir setzen uns für eine wohnungspolitische Ausrichtung ein, die dem Gemeinwohl dient. Wir brauchen wieder mindestens 5000 Sozialwohnungen im Saarland und einen bundesweiten Mietendeckel, damit die Saarländer\*innen wieder bezahlbar wohnen können.

## **Klimaschutz**

Der Schutz von Klima und Umwelt ist die Grundlage für eine lebenswerte Zukunft. Wir brauchen einen klimaneutralen Umbau der Wirtschaft und Infrastruktur und dürfen dabei nicht Kapitalinteressen vor den Schutz des Planeten stellen. Deswegen fordern wir einen emissionsfreien und klimaneutralen Umbau der Industrie im Saarland bis 2030, kostenfreien ÖPNV bis 2035, sowie einen landesweiten Aktionsplan gegen die Folgen des Klimawandels. Wir müssen den Klimawandel bekämpfen, aber auch mit den Folgen des Klimawandels umgehen, deswegen braucht es ein Klimaanpassungsprogramm, um sich z.B. Hitzeperioden und Überschwemmungen besser anzupassen. Der Kampf für ein besseres Klima ist der Kampf für eine lebenswerte Zukunft.

## **Arbeitsmarkt**

Sinkende Reallöhne und Preissteigerungen. Die Bevölkerung hat immer weniger Geld in der eigenen Tasche. Die Inflation frisst Lohnsteigerungen auf, jungen Menschen wird die Perspektive genommen. Angriffe auf das Streikrecht durch Konservative und Liberale sind völlig unverhältnismäßig und schwächen nur die Position der Gewerkschaften. Wir fordern deshalb keine Einschränkung, sondern eine Erweiterung des Streikrechts auf politische Streiks. Arbeit muss gerecht bezahlt werden und der Gehaltszettel darf nicht vom Wocheneinkauf aufgefressen werden, deswegen fordern wir eine Erhöhung des Mindestlohns auf 15 Euro und eine Erhöhung der Minijobgrenze auf 600 Euro. Löhne sind aber nur dann wirklich armutsfest, wenn es einen Tarifvertrag gibt. Deswegen fordern wir die Stärkung der Tarifbindung und ein Tariftreuegesetz auf Bundesebene nach saarländischem Vorbild.

## **Migrationspolitik**

Der Koalitionsvertrag der Ampel-Koalition versprach einen gesellschaftspolitischen Neuanfang und eine humanitäre Asylpolitik - doch davon ist nichts mehr zu erkennen. Geflüchtete Menschen müssen eine angemessene Integration ermöglicht bekommen, statt sich selbst überlassen zu werden. Das bedeutet konkret auch, dass die Menschen, die in diesem Sektor arbeiten, mehr Geld und Unterstützung benötigen - das ist im Augenblick nicht gewährleistet. Die Übernahme rechter Positionen in der Migrationsfrage stärkt die AfD, da etablierte Parteien deren

Ideologie legitimieren, was die Wähler\*innenschaft dazu bewegt, das Original zu wählen. Diese Strategie verschiebt die politische Debatte von fundierten Lösungen hin zu populistischen Maßnahmen, was kurz- und langfristig schädlich ist und zur gesellschaftlichen Spaltung führt. Die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) verstärkt die Abschottung der EU und ist ein Zugeständnis an rechtspopulistische Strömungen, was besonders migrantisierte Gruppen betrifft. Wir lehnen diese Art der Migrationspolitik konsequent ab, da sie rechtsstaatliche Prinzipien untergräbt und menschliche Werte in den Hintergrund rückt. Wir setzen uns für eine solidarische und weltoffene Migrationspolitik ein.

## **Gesundheit**

Um unser Gesundheitswesen zukunftsfähig zu machen, brauchen wir nachhaltige und zielgenaue Investitionen. Dazu gehört grundlegend die Förderung der Ausbildungsberufe und Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Gute, tarifliche Bezahlung, moderne Hilfsmittel und eine ansprechende sowie qualitative Ausbildung sind unerlässliche Maßnahmen, um auch in Zukunft eine hochwertige Versorgung zu gewährleisten. Eine gerechte Verteilung der Gesundheitsressourcen und Investitionen ist gerade im Hinblick auf die ländlichen Gebiete unerlässlich. Zudem sind gute Präventionsprogramme für chronische Krankheiten, Programme zur Entstigmatisierung psychischer Erkrankungen und öffentliche Gesundheitskampagnen gute Optionen, um das Bewusstsein für die eigene Gesundheit zu stärken. Die Krankenhauslandschaft und Gesundheitsinfrastruktur im Saarland muss auch zukünftig sicherstellen, dass alle - sowohl in der Stadt als auch und gerade im ländlichen Raum - schnell und effizient versorgt werden können. Die Gesundheitsvorsorge gehört in die öffentliche Hand!

## **Verkehr**

Der Verkehr in Deutschland darf nicht länger auf das Auto als primäres Fortbewegungsmittel zugeschnitten sein. Deutschland und das Saarland brauchen Zukunftsperspektiven im ÖPNV und im Fernverkehr und ein Umdenken weg vom Individualverkehr, hin zur bezahlbaren Mobilität für alle, überall. Jeder Mensch muss die Möglichkeit haben, mit dem ÖPNV mehrmals täglich, auch am Wochenende, Einrichtungen des öffentlichen Lebens und den Einzelhandel erreichen zu können. Das Saarland muss mehr Anschluss an den Fernverkehr der Deutschen Bahn bekommen. Mobilität ist eine Gerechtigkeitsfrage und ausschlaggebend für die Attraktivität des Standortes, vor allem für junge Menschen. Deswegen fordern wir neben dem kostenfreien ÖPNV und dem Schienenausbau, ein Comeback des 9 Euro Tickets für ganz Europa.

## **Demokratie & Bildung**

Demokratie und Bildung sind eng miteinander verbunden. Politische Bildung gibt Menschen die Möglichkeit, Demokratie zu verstehen und die eigenen Rechte und

Pflichten in einer demokratischen Gesellschaft wahrzunehmen. Werte wie Toleranz, Meinungsfreiheit und die Selbstverständlichkeit der Teilhabe können schon sehr früh vermittelt werden. Deswegen brauchen wir gute politische Bildungsprogramme und demokratische Teilhabeoptionen in Schulen, damit alle die Möglichkeit haben, Demokratie zu leben. Zusätzlich müssen Vereine besser und gezielter gefördert werden, da sie besonders für junge Menschen oftmals der erste Erfahrungsort für Demokratie und politische Teilhabe darstellen.

Rechtsextreme Ideologien etablieren sich immer mehr in allen Bereichen der Gesellschaft. Um extremistischen Tendenzen entgegenzuwirken, müssen Plattformen, auf denen rechtsextremes Gedankengut verbreitet wird, stärker in die Pflicht genommen werden und rechtsextreme Parteien wie die AfD mit allen Mitteln des Rechtsstaates konsequent bekämpft werden. Dazu gehören die Prüfung eines Parteiverbotsverfahrens gegen die AfD, die bundesweite Einstufung der Partei als gesichert rechtsextrem, die Verhängung von Vereinsverboten gegen Vorfeldorganisationen und der Ausschluss der AfD von der staatlichen Parteienfinanzierung.

## Frieden

Die Diskussionen über Kriege, besonders in Bezug auf den Ukraine-Krieg und den Konflikt im Nahen Osten, werden der Vielschichtigkeit moderner Auseinandersetzungen oft nicht gerecht. Wenn man die Debatte in einfache Kategorien wie „Russlandversteh\*innen“ und „Kriegstreiber\*innen“ aufteilt, wird die Wirklichkeit stark vereinfacht. Solche Schwarz-Weiß-Denken führt dazu, dass die beteiligten Länder entweder verharmlost oder verteufelt werden, was die wahren Motive und Sorgen der Akteure verzerrt. Es ist wichtig, die Konflikte aus verschiedenen Blickwinkeln zu betrachten, einschließlich der historischen, geopolitischen und kulturellen Hintergründe. Ohne diese differenzierte Betrachtung wird die öffentliche Meinung leicht beeinflusst und es entstehen unüberlegte Positionen. Forderungen nach diplomatischen Lösungen sind sinnvoll, aber sie müssen die komplexen Hintergründe der Konflikte berücksichtigen. Es ist entscheidend, eine Balance zwischen dem Streben nach Frieden, dem Schutz von Menschenleben und dem Verteidigungsrecht eines Staates zu finden.

**Die Landesvorstände der GRÜNEN JUGEND Saar und der Jusos Saar**

**GRÜNE  
JUGEND**  
SAAR

